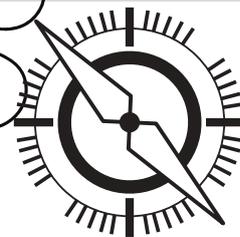


Nord-West-Wind

Herausgegeben vom CDU-Stadtbezirksverband Nord-West



IN DIESER AUSGABE:

**GYMNASIUM AN DER
PAPPELALLEE
WUSSTEN SIE SCHON...
STRASSENAMEN – WAS
UND WER DAHINTER STECKT**

EINE VON HIER!

**VOLKSPARK - GEWINNEN
UND VERLIEREN**

ZUKUNFT DER BIOSPHÄRE

BRÜDER UND BRÜDERINNEN?

**MIETENDECKEL FÜR DIE
PRO POTSDAM?**

**KRAMPNITZ - DER NEUE
STADTEIL**

INSEL NEDLITZ

**GARNISONKIRCHE ALS
EUROPAKIRCHE**

Bevölkerungsschutz: Wer seine Bürger nicht schützt, ist Politversager

von Wolfgang Geist

Der größtmögliche Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen jeglicher Art ist eine wesentliche Aufgabe der Politiker aller Ebenen. Das ist harte Arbeit und kein Schaulaufen, mit dem Politiker Wohltaten (also Steuergelder) verteilend medienwirksam umher reisen können.

Die Vorbereitungen der Stadt Potsdam auf Katastrophen sind als katastrophal (!) zu bezeichnen.

Lesen Sie weiter auf Seite 8



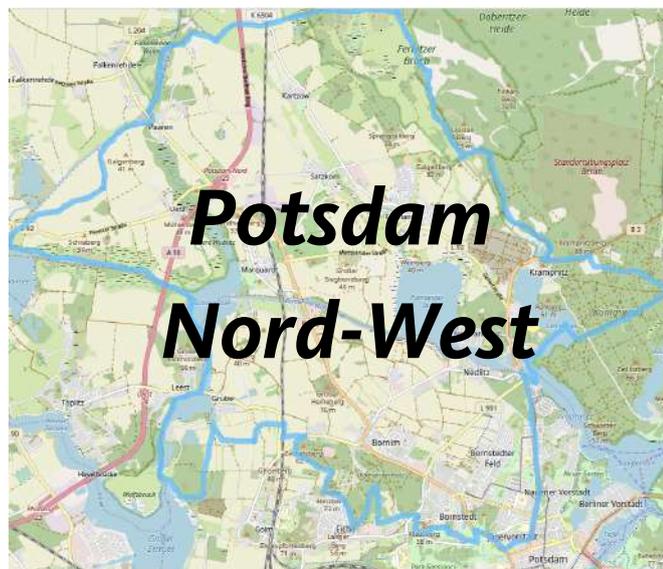
Liebe Leserinnen und Leser,
die Corona-Krise hat uns allen einiges abverlangt. Insbesondere Familien sind gezwungen gewesen, den Alltag viel stärker und anders als normal zu organisieren und zu planen. Laut gängiger Definition beschreibt Planung „die menschliche Fähigkeit oder Tätigkeit zur gedanklichen Vorwegnahme von Handlungsschritten, die zur Erreichung eines Zieles notwendig scheinen. Dabei entsteht ein Plan...“.

Eine der Kernaufgaben von Politik und Verwaltung ist es, Planungen vorzunehmen und die Handlungsschritte zu sortieren. Das kann beim Katastrophenschutz die Antizipation von Ereignissen und die nötige Vorsorge sein, eine in Potsdam massiv vernachlässigte Aufgabe der Stadt. Das ist bei der Stadtplanung die Berücksichtigung von Verkehrsströmen und Tramtrassen VOR der Erschließung von neuen Stadtvierteln (Krampnitz) und das ist die rechtzeitige Schaffung von sozialer Infrastruktur, wie z.B. Sportplätzen, statt des Grundstücksverkaufs gegen Höchstgebot (Bornstedter Feld/Remisenpark). Planung schafft notwendige Verlässlichkeit. Planungsfehler und -versäumnisse führen ebenso wie Abweichungen von beschlossenen Plänen zu Konflikten und berechtigtem Widerspruch (Insel Nedlitz).

Mit Ihrer Stimme zur Bundestagswahl stellen Sie für die kommenden vier Jahre die Weichen für unser Land. Die Auswirkungen Ihrer Stimmabgabe werden nicht nur im täglichen Miteinander zu spüren sein (Gendersprache), sondern betreffen auch ganz konkrete Entwicklungen hier vor Ort. Deshalb braucht es jemanden für Potsdam im Bundestag, der mit unseren Themen vertraut ist: Saskia Ludwig, #Eine von hier.

Ich hoffe, dass wir bei Ihrer persönlichen Planung zur Stimmabgabe bei der Bundestagswahl mit dieser Ausgabe des Nord-West-Wind hilfreich sein konnten oder auch noch können. Wie bei den vorangegangenen Ausgaben gilt auch dieses Mal: Teilen Sie uns Ihre Meinung mit. Wir antworten Ihnen. Versprochen.

Ich freue mich über Ihre Meinung zu dieser Ausgabe. Bitte schreiben Sie an nord-west@cdu-potsdam.de



Herzliche Grüße
Ihr Oliver Nill



IMPRESSUM

CDU Stadtbezirksverband Nord-West
Gregor-Mendel-Straße 3
14469 Potsdam
Tel.: 0331 620 1425
Email: nord-west@cdu-potsdam.de

V.i.S.d.P. Oliver Nill, Vorsitzender
Gestaltung: Maximilian Adams



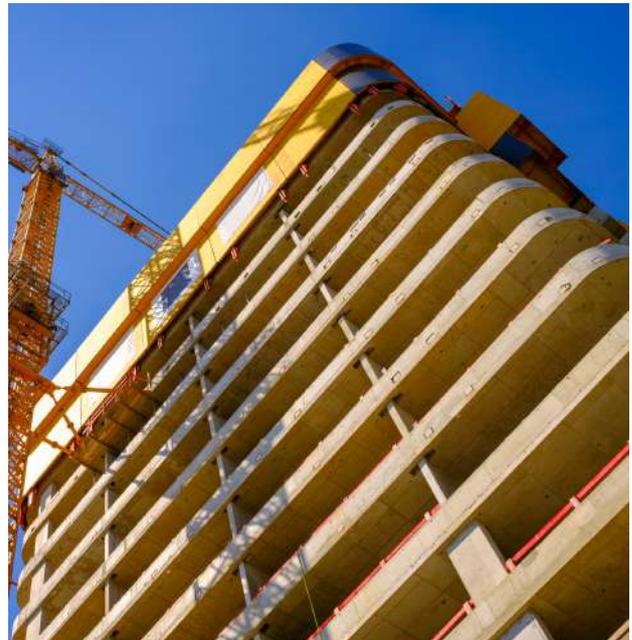
GUT FÜR ALLE: NEUE MIETWOHNUNGEN UND STABILE MIETEN

Mietendeckel für die Pro Potsdam gefährdet die Wohnraumversorgung in Potsdam

von Matthias Finken



Wer eine Wohnung sucht, muss auch eine Wohnung finden können. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht und jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Derzeit fehlen in Potsdam, dem Speckgürtel und Berlin Wohnungen, so dass das knappe Angebot die Mieten hoch treibt. Damit guter Wohnraum für jeden erschwinglich bleibt, müssen mehr und schneller neue Wohnungen entstehen. Denn wird das Angebot größer, steigt die Auswahl und die Miete bleibt stabil oder kann sogar sinken. Der Staat muss also zum einen Anreize schaffen, Wohnungen zu bauen. Das geschieht durch Förderprogramme des Bundes und des Landes. Die Kommunen müssen Bauland bereit stellen, die Bauvorhaben schneller genehmigen und notwendige Bebauungspläne zügiger erstellen. Darüber hinaus trägt die Wohngeldreform zum 01.01.2020 zur Entlastung der Privathaushalte bei. Zum anderen, können die Kommunen durch Senkung der Baukosten und der Mietnebenkosten das Wohnen günstiger machen. Langfristig kann jedoch nur ein ausreichendes Wohnungsangebot bezahlbare Mieten sichern.



Ideologie löst keine Probleme – auch nicht am Wohnungsmarkt.

Der in Potsdam durch ein Bürgerbegehren angestrebte Mietendeckel für die Pro Potsdam begünstigt nur einige wenige und hindert andererseits die Stadt an der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Die Mindereinnahmen werden dazu führen, dass die Pro Potsdam nicht mehr den Eigenanteil erwirtschaften kann, um die Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau zu nutzen. Letztendlich wird damit der soziale Wohnungsbau nicht mehr im notwendigen Umfang erfolgen und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger, etwa durch energetische Sanierungen oder der barrierefreie Umbau der Wohnungen, bleiben auf der Strecke. Es kann nicht im Interesse der Stadt und ihrer Bürger sein, wenn aufgrund fehlender Finanzmittel die Wohnungen aus dem Bestand verkauft werden müssen, um die Instandhaltung und die Sanierung der restlichen Wohnungen zu finanzieren. Vielmehr wollen wir an dem Ziel der 700 neuen städtischen Wohnungen bis zum Ende des Jahrzehnts festhalten, um den kommunalen Anteil am Wohnungsmarkt hoch zu halten.



**WUSSTEN SIE
SCHON...**

**Horst-Bienek-
Str.**

**Gertrud-
Feiertag-Str.**

STRASSENAMEN – WAS UND WER DAHINTER STECKT

von Friederike Harnisch



Heute beschäftigen wir uns mit den Straßennamen im Quartier Pappelallee. Hier begegnen wir mit einigen Schriftstellern, die aus Potsdam stammten oder in der Region tätig waren und Schwierigkeiten mit der jeweiligen Führung ihres Staates (überwiegend im 3. Reich) hatten, dem unrühmlichen Teil unserer Vergangenheit.

Horst Bienek war im 20. Jhd. Schriftsteller aus Oberschlesien. 1951 wurde er vom Staatssicherheitsdienst verhaftet und saß in der Lindenstraße in Untersuchungshaft. Er wurde anschließend wegen antisowjetischer Hetze zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Auch Jochen Klepper war Schriftsteller und Journalist. Als Theologe war er einer der bedeutendsten Dichter geistlicher Lieder. Klepper heiratete eine Jüdin und wurde deswegen nicht nur von der eigenen Familie angefeindet. Nachdem 1942 die Deportation drohte, nahmen sie sich gemeinsam das Leben.

Auch der in Potsdam aufgewachsene Dichter und Schriftsteller Hermann Kasack geriet ins Visier der Nationalsozialisten nachdem er sich dagegen wehrte, dass sein sozialkritisches Hörspiel „Der Ruf“ von diesen in einer überarbeiteten Fassung ausgestrahlt wurde. Nach der Verhaftung von Peter Suhrkamp im Jahr 1944 übernahm er die Leitung dessen Verlages.

Reinhold Schneider arbeitete als freier Schriftsteller in Berlin und Potsdam. Er schrieb gegen Unterdrückung und Rassenwahn, sodass seine Schriften verboten wurde. Trotz des Schreibverbots 1941 schrieb er weiter und fand immer wieder Möglichkeiten, seine Werke zu veröffentlichen.

Der Potsdamer Verleger August Bonnes verbot in seinem Verlag jegliche Form von Propaganda für die NSDAP und wurde in der Folge 1944 hingerichtet. Auch Georg Hermann fiel den Nationalsozialisten zum Opfer. Der jüdische Schriftsteller wurde 1943 in Auschwitz in der Gaskammer getötet.

Gertrud Feiertag gründete und leitete ein jüdisches Landschulheim in Caputh. Nach dessen Schließung half sie elternlosen jüdischen Kindern zur Flucht. 1943 wurde auch sie nach Auschwitz deportiert. Unsere Nachbargemeinde Schwielowsee verlieh ihr übrigens diesen Sommer postum die Ehrenbürgerschaft.

Die Geschichte von Carl Christian Horvath ist nicht ganz so düster. Im Gegenteil, er gründete die Horvath'sche Buch-, Kunst- und Musiksammlung mit Leihbibliothek in Potsdam und trug einen bedeutenden Teil zur Entwicklung des deutschen Buchhandels bei. 1809 wurde er zum ersten Stadtverordnetenvorsteher Potsdams gewählt.

Wie in der Gartenstadt folgen also auch die Straßennamen im Quartier Pappelallee einem Muster, wenn auch einem etwas Düsternen.

GERNE ABGEORDNETE FÜR POTSDAM UND DIE REGION

von Dr. Saskia Ludwig

Potsdam ist bei weitem nicht halb so groß wie Berlin, mindestens aber doppelt so schön. Nach der Wende ist dieses preußische Juwel aus seinem langen Dornröschenschlaf erwacht. Viel Engagement von öffentlicher und privater Seite waren über die Jahre nötig, um unsere Landeshauptstadt zu dem Schmuckstück zu machen, das es heute ist. Und: die Stadt entwickelt sich weiter, setzt Akzente in Wissenschaft und Forschung, ist ein beliebter Studienplatz und Ort zum Leben.

Attraktive Städte üben eine ungeheure Anziehungskraft aus. Dies gilt auch für Potsdam. Die Folge: die Stadt wächst, die Zahl der Einwohner nimmt zu. Prozesse dieser Art brauchen eine exzellente politische Begleitung. Deshalb sind Wohnungspolitik und Stadtentwicklung auch das „Brot- und Buttergeschäft“ in der kommunalen Tagespolitik.

Hier, in diesem kommunalpolitischen Feld, bin ich seit Beginn meiner politischen Laufbahn zu Hause. Hier ist die Basis meiner politischen Erfahrung. Seit 1998 bin ich in der Kommunalpolitik aktiv, als Mitglied des Kreistages und in vielen anderen Gremien. Ich habe alle Debatten und Entscheidungen rund um die Entwicklung Potsdams und des Landkreises in den letzten Jahren mehr als hautnah miterlebt, sie aktiv begleitet und mitgestaltet. Dazu gehört auch die Erweiterung der Stadt im Norden im Jahr 2003.

Potsdam hat den Norden eingemeindet und dabei viele Versprechungen gemacht, aber leider hapert es noch mit der Umsetzung der einzelnen Projekte.

So benötigen wir für diesen Stadtteil dringend eine neue Schule. Außerdem müssen wir dort Ärzte aller Fachrichtungen ansiedeln.



Im Zentrum aber steht die Umsetzung eines schlüssigen und funktionierenden Nahverkehrskonzepts.

In den ÖPNV - Ausbau in der brandenburgischen Landeshauptstadt könnten Wasserwege einbezogen und darauf eine ergänzende Verkehrsinfrastruktur errichtet werden, die auch den Potsdamer Norden und Krampnitz abdeckt. Beim Ausbau könnten wir neue Wege gehen und auf den Wasserwegen umweltschonende Solar-Schiffe einsetzen. Die Einrichtung von Schiffsverbindungen zwischen Krampnitz und dem Hauptbahnhof ist allemal mehr als eine Prüfung wert.

Apropos Krampnitz: die solide und gleichmäßige Entwicklung dieses Ortes liegt mir ebenfalls sehr am Herzen. Es muss unser Ziel sein, stadtentwicklungspolitische Verwerfungen zu verhindern. Wir müssen hier einen verträglichen Ausbau der Ansiedlung hinbekommen.



Dies bedeutet, dass eine Zahl von ca 3000 Einwohnern das maximal Verträgliche wäre.

Meine Position hierzu ist klar, auch im Hinblick auf die Verkehrskonzepte. Hier müssen wir frühzeitig agieren und schlüssige Lösungsansätze liefern, die zum Wohle der Bürger auch funktionieren.

Dies alles sind einige kurze Stichworte zu den politischen Themen, die Sie ganz konkret vor Ort betreffen und mich ganz konkret interessieren. Für diese und viele andere politische Fragen möchte ich Lösungsansätze finden und in geeigneten Schritten umsetzen.

So verstehe ich meine Aufgabe als Abgeordnete: ich möchte Ihr Sachwalter in allen politischen Fragen sein und mit konkreten Ideen politische Probleme lösen.

Auch nach der Bundestagswahl möchte ich für Sie da sein, als Ihre politische Stimme in Berlin.

Ich kümmere mich gern auch künftig um Ihre Belange, aber dazu brauche ich Ihr Vertrauen.

Wenn Sie wollen, dass ich meine Arbeit im Deutschen Bundestag für unser Potsdam und die Region fortsetzen kann, dann bitte ich um Ihre Erststimme bei der Wahl am 26. September. Damit unterstützen Sie mich, auf direktem Wege in den Deutschen Bundestag zu kommen. Mit der Zweitstimme unterstützen Sie die CDU als Partei.

Für Sie kann ich nur da sein, wenn ich die meisten Erststimmen auf mich vereine.

Gern stehe ich für Sie bereit, wenn Sie meine Hilfe auf jeder politischen Ebene brauchen, und natürlich berichte ich Ihnen jederzeit vom aktuellen Stand meiner politischen Arbeit.

Also, worüber wollen wir reden?

Haben Sie Vertrauen!

Ich bin Saskia Ludwig, ich bin

EINE VON HIER...

BRÜDER UND BRÜDERINNEN?

von Horst Prietz



Zugegeben, es gibt in diesem Fall als Pendant die Schwestern, aber um den Hype zu entzaubern, ist dieses Beispiel hervorragend geeignet. Wir sind auf dem besten Wege, eine Nation der Stotterer und geschwollenen Anreden zu werden. Es vergeht keine Nachrichtensendung ohne dass Schüler*innen oder Bus-Fahrer*innen mit leichtem Stottern ausgesprochen werden, von Feldwebeln und Feldwebelinnen mal ganz abgesehen. Übertreiben da manche nicht ein wenig? Es gab Zeiten, da wurde – und zwar zu Recht – über das DDR-Fernsehen gelästert, weil dort die vollen Funktionsbezeichnungen benannt wurden, bspw. „Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik“.

Und jetzt, wo wir das endlich hinter uns gelassen haben, kommt etwas daher, das an genau diesen Unfug erinnert: die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerrinnen und Schüler der Gesamtschule XY.

Meine Güte, wird aktuell die deutsche Sprache verkompliziert und überladen – geht es nicht doch wieder einfacher oder natürlicher?

Hier wird ein Problem kreiert, das zumindest ehemalige DDR-Bürger überhaupt nicht kennen. Die Frauen waren dort eben anerkannter und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft, basta und das bis hin zum Gehalt. Nur am Frauentag wurde von den Männern mitunter ziemlich dick aufgetragen, was übrigens den Frauen oft peinlich war. Dafür gab es einen Frauenruheraum in den Betrieben und die generelle Altersrente mit 60 – DAS wäre doch mal ein Anreiz und nicht die alberne Sternchensprache.

Selbst Frauen, die sich nicht so wichtig nehmen, sagen: ich kann das nicht mehr hören. Das, liebe Brüder und Schwestern, lässt uns hoffen, dass wir wieder zu einer entkrampften Sichtweise und somit zur normalen Sprache zurückfinden werden.

INSEL NEDLITZ

WAS LANGE WÄHRT WIRD GUT?

von Dr. Anke-Britt Möhr



Seit nunmehr sieben Jahren erhitzt die weitere Bebauung der „Westlichen Insel Neu Fahrland“ (Insel Nedlitz) zunehmend die Gemüter, nicht nur der Neu Fahrländer. Zurecht. Aktuell vorliegende Investorenentwürfe lassen befürchten, dass das historische Kleinod für immer unter Beton „begraben“ werden soll.

Durch die Stadtverwaltung wurde nun ein Werkstattverfahren mit Beteiligung der Politik sowie des Investors durchgeführt, dessen Ergebnisse jedoch seit Mitte Juni unter Verschluss gehalten werden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Die zwischenzeitlich dennoch in die Öffentlichkeit gedrungene Einblicke in das Verfahren sowie ein der Ortsvorsteherin von Neu Fahrland vorliegendes Gutachten einer namhaften Kanzlei (Details siehe unter der-potsdamer.de vom 05.08.2021) lassen zumindest die Vermutung aufkommen, dass die Stadtverwaltung mit gezinkten Karten spielt und Hand in Hand mit dem Investor gegen den Bürgerwillen agiert.

Unser Anspruch ist und bleibt eine behutsame und aufgelockerte Bebauung für Potsdams historisches „Tor zum Norden“, ausreichend Erholungsräume für die Bürger, großzügige freie Uferbereiche, Gartenlokale nach historischem Vorbild. Drei-, Vier- und Fünfgeschosser dagegen sind tabu.

Vielleicht ist es an der Zeit, zurückzublicken auf den Sommer 1909. Mit sogenannten „Verunstaltungsverordnungen“ wurden in der Region Berlin-Brandenburg Schutzvorschriften gegen die Bebauung von Seeufern erlassen. Mit dem Schutz der Landschaft für Erholungszwecke nahm Brandenburg seinerzeit sogar eine sozialpolitische Vorreiterrolle in Deutschland ein (vgl. R. Auster, NundL 4-2009).

Auch heute muss Stadtentwicklung den Bedürfnissen der Bürger – nicht der Investoren – Rechnung tragen. Zudem wäre es paradox, am Griebnitzsee einen millionenschweren Rechtsstreit um freie Uferwege zu führen, in Potsdams Norden dagegen (noch) freie Uferzonen aufzugeben oder Potsdams historische Mitte wiederaufzubauen und auf der Insel Nedlitz sehenden Auges Potsdamer Kulturlandschaft zuzubetonieren.



WIR BLEIBEN DRAN!





BEVÖLKERUNGSSCHUTZ: WER SEINE BÜRGER NICHT SCHÜTZT, IST POLITVERSAGER

von Dr. Wolfgang Geist



Der größtmögliche Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen jeglicher Art ist eine wesentliche Aufgabe der Politiker aller Ebenen. Das ist harte Arbeit und kein Schau- laufen, mit dem Politiker Wohltaten (also Steuergelder) verteilend, medienwirksam umher reisen können.

Wir Bürger sind selbst mit verantwortlich für dieses Politikerverhalten. Wir hören gerne deren Sozialversprechungen und Heilsbekundungen. Wer von uns will hören, dass Bund, Land, Stadt sich personal-, arbeits- und kostenintensiv auf Krisen und Katastrophen vorbereiten sollen? Wir wählen nicht diejenigen, welche Geld für Hochwasserschutz ausgeben, sondern gerne die Welten rettenden Propheten der Schaumschlägerei. Viele Strom- aggregate (stets solarbetrieben?) für Strom- ausfälle anzuschaffen ist weniger „progressiv“ als die Förderung von „Seminaren“ von „Aktivisten“ gegen die Polizei.

Den Klimanotstand „pro forma“ auszurufen, ist medienträftig, aber sinnlose Symbolpolitik.

Passiert eine Katastrophe, so wird schnell nach „dem Staat“ gerufen, der versagt habe. WIR sind aber die wirklich Verantwortlichen, weil WIR „unsere“ Verordneten, Abgeordneten, Bürgermeister, Minister nicht zu echter Vorsorge für Katastrophen verpflichtet. Schön- Wetter-Gesellschaft.



Wir vom AKSO (Arbeitskreis Sicherheit und Ordnung) fordern kommunale Katastrophenvorsorge schon länger und stellten konkrete Forderungen an die Stadt, also den Oberbürgermeister.

Das kommunale Desinteresse und deren Nachlässigkeit werden an folgendem Sachverhalt deutlich:

Auf Initiative des AKSO hat die CDU-Stadtfraktion am 07.11.2019 eine „Große Anfrage“ (Drucksache 19/SVV/1233) zum Katastrophenschutz der Stadt Potsdam an den OB Schubert gestellt. 2020 hat er auf die Fragen geantwortet. Hier eine kleine Auswahl:

Frage: „Welche personellen und organisatorischen Vorbereitung gibt es für eine 24-Stunden Arbeitsfähigkeit der Verwaltung der Stadt Potsdam?“

Antwort des OB: „Derzeit befindet sich der Verwaltungsstab der Landeshauptstadt Potsdam im Aufbau.“ Dieser Sachstand aus dem I. Quartal 2020 wurde im Juni 2021 bei einer Veranstaltung bestätigt! Gut Ding will Weile haben...

Das ganze intellektuelle Elend wird deutlich in der Antwort auf die Frage: „Welche „besonderen“ kritischen Infrastrukturen liegen im Verantwortungsbereich der Landeshauptstadt Potsdam?“

Antwort des OB: „Aufgrund der fehlenden gesetzlichen Regelungen, ab welcher Größe ein Leistungserbringer zu den kritischen Infrastrukturen gehört, gibt es auch in Potsdam dazu keine exakte Festlegung.“

Keine Vorgabe, keine Aktivität. Wenn die oben nichts festlegen, warum sollte ich selbst über Notwendigkeiten nachdenken und eigenverantwortlich aktiv werden?

Die Fragen „Welche Pläne, Konzepte, etc. hat die Landeshauptstadt Potsdam zum Umgang mit kritischen Infrastrukturen erarbeitet?“ und „Welche besonderen Schutzmaßnahmen für kritische Infrastrukturen hat die Stadt Potsdam eingerichtet, vorbereitet und ergänzend geplant?“ bekamen die gleichlautenden Antworten des OB Schubert: „Derzeit sind keine kritischen Infrastrukturen in der Landeshauptstadt Potsdam definiert. Daher gibt es hier auch keine Konzepte zum Umgang mit kritischen Infrastrukturen.“ Prima Idee! Ich definiere keine problematischen Bereiche, dann muss ich auch nichts unternehmen. Professionalität pur!

Besonders interessant ist, dass viele für die Öffentlichkeit wichtigen Informationen in den nicht-öffentlichen schriftlichen Teil der Antworten des OB verschoben wurden. Warum? Ist doch klar! Es soll das Desinteresse und Versagen nicht detailliert bekannt werden. Beispiele:

„Wie hat sich die Landeshauptstadt Potsdam auf das Szenario „Stromausfall“ im speziellen vorbereitet?“ „Welche Krankenhäuser im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Potsdam sind mit Notstromaggregaten ausgestattet und wie lange können diese den umfassenden Strombedarf der Krankenhäuser sicherstellen?“



Ähnliche Fragen zur Durchhaltefähigkeit von Apotheken, Tankstellen, Supermärkten und zur Wasserversorgung sowie zur Notfallbevorratung wurden ebenfalls aus offensichtlichen Gründen in den nicht-öffentlichen Teil verschoben, sodass nicht detailliert zitiert werden kann. Zusammenfassend kann jedoch gesagt werden: Die Antworten zeigen, dass die Vorbereitungen der Stadt Potsdam auf Katastrophen bzgl. der nicht-öffentlichen Antworten exakt denen im öffentlichen Teil entsprechen, sind also als katastrophal (!) zu bezeichnen.

Die so lächerliche wie peinliche Hilflosigkeit beim Hackerangriff um die Jahreswende 2019/2020 (der Verantwortliche war im Urlaub und dann musste eben gewartet werden...) sowie die sehr schleppende Reaktionsfähigkeit in der Corona-Pandemie (OB Schubert hat dann aber selbst initiativreich Maskenkartons von links nach rechts geschleppt...) waren aber kein Grund, endlich der Verantwortung im Bereich „Vorsorge“ gerecht zu werden.

Was ist die Konsequenz für uns Bürger?

1. Machen wir endlich Druck auf den OB, damit die grundlegenden Schutzaufgaben der Stadt für die Bevölkerung umfassend wahrgenommen werden.
2. Berücksichtigen wir bei unseren Wahlscheidungen in Stadt, Land, Bund, welche Politiker und Parteien die Grundlagen eines selbstbestimmten und sicheren Lebens berücksichtigen und nachdrücklich dafür eintreten. Auf verschiedenen politischen Ebenen trat in Brandenburg Dr. Saskia Ludwig wiederholt für eine deutliche Verbesserung des Bevölkerungsschutzes ein. Ihre aktuelle Kandidatur ist auch in diesem Aufgabenbereich nicht als Durchlaufstelle für andere Tätigkeiten auf anderen Ebenen vorgesehen, sondern weiterhin als regional verwurzelt Engagement angelegt.
3. Auch wir Bürger müssen uns selbst auf Katastrophen vorbereiten und nicht nur „der Stadt“ und „dem Staat“ vertrauen.

Der AKSO hat dazu Veranstaltungen angeboten und steht auch weiterhin zur Verfügung.

GYMNASIUM AN DER PAPPELALLEE MIT GROSSER MEHRHEIT BESCHLOSSEN!

von Clemens Viehrig



Seit Jahren hatte sich die CDU für ein Gymnasium im Potsdamer Norden eingesetzt und endlich wurde dies in die Tat umgesetzt. Voraussetzung war der Beschluss des "Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplans" in der Stadtverordnetenversammlung. Nach einer längeren Debatte wurde dieser mit breiter Mehrheit beschlossen. Neben dem Gymnasium wurden u.a. Investitionen von mehr als 300 Millionen Euro für Potsdam auf den Weg gebracht. Für den Potsdamer Norden bedeutet dies im Schulbereich konkret: Mitte 2022 zieht die Gesamtschule "Am Schloss" in ihren neuen Standort in der Jägerallee.

Hier wird die Gesamtschule in den Folgejahren weiter aufwachsen. Dies macht es möglich, dass das Gymnasium bereits zwei Jahre früher die Arbeit aufnehmen und ebenfalls 2022 an den Start gehen kann. Möglich wird dies, da das Gymnasium die dann freigezogenen Container der Gesamtschule "Am Schloss" nutzen wird. In der Zwischenzeit entsteht der Schulbau für das vierzügige Gymnasium am Standort Pappelallee/ Reiherweg. Zum Schuljahresbeginn 2027 wird das Gymnasium dann an seinen Standort umziehen. Bei aller Freude über den CDU-Erfolg für ein Gymnasium im Potsdamer Norden blieb ein Wermutstropfen: Das OSZ 1 wird mit dem Aufwachsen der Gesamtschule am Standort Jägerallee weichen müssen. Eine Stärkung der beruflichen Bildung sieht für uns anders aus. Es bleibt abzuwarten, wohin die Ausbildungsgänge verlagert werden. Wir werden den Prozess aufmerksam begleiten.





AFRIKANISCHE SCHWEINEPEST *von Maximilian Adams*

Am 16. Juli 2021 teilte das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MSGIV) mit, dass erstmals im Land Brandenburg - und damit bundesweit - die Afrikanische Schweinepest in Hausschweinbeständen festgestellt wurde. Inzwischen wurde die ASP in drei Hausschweinbeständen nachgewiesen. Wie der Virus in die Betriebe gelangen konnte, ist unklar. Die gesamten Bestände mussten in den betroffenen Betrieben gekeult werden. Deutschlandweit sind bereits insgesamt 1.805 Fälle von ASP nachgewiesen (Stand: Anfang August 2021). Die Lage ist dramatisch. Das Leid der erkrankten Tiere ist unermesslich. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Ökonomie Brandenburgs sind katastrophal.

Im Dezember 2020 hat sich die Landeshauptstadt Potsdam unter dem Betreff „Gemeinsam gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) mit der Potsdamer Jägerschaft“ an die Potsdamer Jägerschaft gewandt. Unser Stadtverordneter Clemens Viehrig wendet sich mit einer kleinen Anfrage an den Oberbürgermeister:

1. Welche Maßnahmen hat die LHP bisher im Zusammenhang mit der ASP eingeleitet und umgesetzt?
2. Welche Ergebnisse hat das Gespräch mit der Potsdamer Jägerschaft gebracht?

3. Welche zusätzlichen Anreize sieht die LHP neben der Kostenbefreiung von der Trichinenuntersuchung (bspw. unbürokratischere Direktvermarktung, Abschussprämien, Aufwandsentschädigungen ASP Monitoring (Kadaversuche, Beprobung)?

4. Gibt es aufgrund der aktuellen Meldung des MSGIV Maßnahmen, welche durch die LHP eingeleitet werden?

Über die Antworten werden wir berichten.

Wir regen dazu an, die folgenden weiteren Maßnahmen durchzuführen, um den weiteren Ausbruch von ASP einzudämmen:

- Anlegen von Bejagungsschneisen - in allen Feldkulturen, z.B. Raps, Mais, Weizen
- Aufhebung von Jagdverboten in Naturschutzgebieten, insbesondere in Schilfgebieten und Bruchwäldern. Dort halten sich Wildschweine bevorzugt auf.
- Aufwandsentschädigung für Monitoring und Beprobung (Trichinen, Blut- und Tupferproben) sowie ausreichend Probeabgabestellen
- Unterstützung bei der Verkehrssicherung für Bewegungsjagden (weniger Bürokratie, Kostenübernahme und Personal)

Das neu gegründete Netzwerk für Brandenburgs Jägerschaft zum Kampf gegen die ASP (www.jagen-ljv-brandenburg.de) ist ein weiterer wichtiger Schritt. Nur gemeinsam und vernetzt können wir der ASP begegnen.



GASTBEITRAG GARNISONKIRCHE ALS EUROPAKIRCHE – EINE MITTESCHÖN VISION *von Barbara Kuster*



Der Garnisonkirchenturm wächst wieder in unsere Stadt hinein - ein Jahrhunderte altes Wahrzeichen von Potsdam mit einer langen Geschichte. Mitteschön freut sich über jeden Meter, der ihn werden lässt. Eines Tages werden die Hüllen fallen und die Potsdamer erstaunt sein, über das, was sie sehen.

Dann aber wird deutlich sichtbar sein, es fehlt das Kirchenschiff! Turm und Schiff bildeten eine architektonische und harmonische Einheit, die es wiederherzustellen gilt. Das kann nicht der nächsten Generation überlassen werden. Der Turm als "Campanile" steht verloren im Stadtbild. Es fehlt ihm ein architektonisches Gegengewicht. Ursprünglich waren Garnisonkirche mit Schiff, Langer Stall und Plantage ein aufeinander abgestimmtes Ensemble.

Was aber wollen wir mit einer solch großen Kirche in Anbetracht der schrumpfenden Kirchenmitglieder? So werden viele fragen. Mitteschön hat sich lange mit dieser Frage beschäftigt, Erkundungen über vergleichbare Kirchenräume und deren Nutzung eingeholt, sich mit Fragen der Betreuung beschäftigt und vor allem nach einem Alleinstellungsmerkmal gesucht.

Die Diskussionen, die bislang um diese Kirche in unserer Stadt geführt wurden, beschäftigen sich alle schwerpunktartig mit der kurzen NS Zeit, im speziellen mit dem Tag von Potsdam. Doch die Kirche war viel mehr und könnte noch viel mehr sein.

Bei aller sicherlich notwendigen Aufarbeitung ihrer wechselvollen Geschichte richtet sich unser Blick nach vorne, auf Europa! Die Einigkeit von Europa ist politisch zwingend notwendig, wollen wir unseren Lebensstandard beibehalten. Doch liegt bei den östlichen Mitgliedsländern, eingeschlossen Russland und der Ukraine, viel im Argen.

Das Verständnis im Westen für diese ist

nur sehr begrenzt. Wir hier, in der ehemaligen DDR, haben aus topografischen und geschichtlichen Gründen eine gewisse Affinität zu diesen Ländern. Holen wir die Menschen zu uns, Ost wie West. Holen wir sie in diese schöne Kirche, die weitestgehend original wiedererstanden unsere Stadt schmücken wird. Jugendchöre, Orchester, Theater und vieles mehr könnten die Plattform bieten für ein sich entwickelndes Verständnis füreinander. (Genaueres unter [https:// www.mitteschoen.de /2021/05/03/die-garnisonkirche-als-europakirche/](https://www.mitteschoen.de/2021/05/03/die-garnisonkirche-als-europakirche/))

Der Standort ist ideal, war doch die Garnisonkirche schon immer Schauplatz europäischer Allianzen. Heute könnte sie ein Scharnier zwischen Ost und West werden!

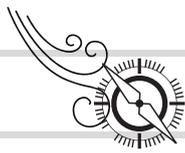
Was für Europa gut wäre, wäre aber auch gut für unsere Stadt! Die von uns angedachte Kulturmeile, bestehend aus Schloss, Barberini, Potsdam Museum, Filmmuseum, Museum für Brandenburgisch-Preußische Geschichte, Kreativzentrum und Naturkundemuseum, würde bekrönt werden durch einen internationalen Treffpunkt in einer der schönsten Barockkirchen des Nordens. Das gäbe einen unglaublichen Synergieeffekt für das gesamte Areal.

Alles in allem wäre es also auch ein enormer Zugewinn für unsere Stadt.

Mitteschön ist eine Potsdamer Bürgerinitiative, die sich schon 15 Jahre sehr aktiv für die Potsdamer Mitte engagiert. Unter anderem stritten sie mit großem Erfolg für die Schlossfassade des Brandenburgischen Landtages und brachten sich mit dem Leitbautenkonzept entscheidend für das Areal um die Nikolaikirche und dem Alten Markt ein.

<https://www.mitteschoen.de/2021/07/13/himmelwaerts/>

Mitteschön!
Initiative „Bürger für die Mitte“



KRAMPNITZ: DER NEUE STADTTEIL IM POTSDAMER NORDEN

von Matthias Finken



Die Entwicklung von Krampnitz läuft auf Hochtouren. Es wird viel dazu geschrieben, kritisiert und diskutiert. Komprimiert daher hier die Ziele, unsere Positionen und Stand der Realisierung.

Mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum für verschiedene Zielgruppen zu schaffen, ist die Entwicklung des neuen Wohngebietes wichtig, um dem Wachstum unserer Stadt gerecht zu werden. Richtig ist auch der Grundsatz, den Verkehr zu reduzieren und ein verkehrsaarmes Quartier zu schaffen, auch wenn wir das kritisch sehen und besonders im Auge haben werden. Deshalb ist es konsequent, vor Ort für Arbeitsplätze, Handel und Dienstleistung, kulturelle Angebote, Sportstätten, Beherbergungsbetriebe und Angebote für alle Generationen zu sorgen sowie die benötigte soziale und medizinische Infrastruktur vorzusehen. Hierzu muss man wissen, dass dies nur funktioniert, wenn eine gewisse Einwohnerzahl vorhanden ist. Das Quartier wird aus einem Guss geplant und alles muss so dimensioniert werden, dass die maximal mögliche Anzahl der Bewohner auch entsprechend versorgt werden kann. Wir fordern, dass Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Begegnungszentren für die Stadtteilarbeit sich tatsächlich am Bedarf orientieren und zur Verfügung stehen, wenn sie benötigt werden, also, wenn die Familien einziehen. Die Entwicklung eines sozialen Lebens mit einer gezielten Stadtteilarbeit muss mit dem Bezug der Wohnungen einhergehen und die soziale Durchmischung muss stimmen.

Heutzutage müssen nach unserer Auffassung eine umweltgerechte, klimaneutrale Energieversorgung und Verkehrserschließung selbstverständlich sein. Das sehen die Planungen auch vor. Wir werden genau beobachten, ob die neuesten Erkenntnisse und Technologien auch tatsächlich umgesetzt werden, denn jedem ist inzwischen klar, dass wir sorgsam mit unserem Planeten umgehen müssen. Aber den Individualverkehr wird es weiter geben müssen. Viele, ich nenne nur Pendler und Senioren, sind darauf angewiesen und deshalb müssen auch hierfür die besten Möglichkeiten gesucht werden.

Dazu gehört eine moderne Verkehrslenkung und die Vermeidung unnötiger Such- und Transportverkehre.

Die Entwicklung der Trambindung hat eine entscheidende Bedeutung, um überhaupt die Zahl von 10.000 Einwohnern erreichen zu können. Deshalb erwarten wir, dass sich frühzeitig mit den Grundstückseigentümern zusammengesetzt wird und konsequent eine nachhaltige landschafts- und umweltgerechte Gestaltung angestrebt wird. Für uns gilt klar der Grundsatz Verhandeln nicht Enteignen. Die Planungen laufen und mit betroffenen Grundstückseigentümern werden Gespräche geführt. Wir fordern hierzu unmissverständlich, dass die Tram fahren muss, bevor die Zahl von 5000 Einwohnern erreicht wird. Wir haben im Bornstedter Feld gesehen, wie wichtig es ist, dass zuerst eine funktionierende und ausreichende Verkehrsinfrastruktur aufgebaut wird.

Für die erste Grundschule mit Kita und Hort wurden inzwischen die Planer für die Bauaufgabe durch den Entwicklungsträger im Ergebnis eines Wettbewerbsverfahrens gebunden. Maßnahmen zur Bauvorbereitung wurden bereits getroffen, Schadstoffsanierungen sowie archäologische Untersuchungen und die Kampfmittelräumung durchgeführt. Im dritten Quartal 2021 soll mit dem Bau der Schule begonnen werden.

Leider konnte pandemiebedingt die vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit nur sehr eingeschränkt stattfinden. Wir erwarten größtmögliche Transparenz, Information und Beteiligung der Bevölkerung sowie einen ehrlichen Stresstest, der stattfinden soll, um die tatsächlichen Chancen und Risiken rechtzeitig zu erkennen.

Zu der Entwicklung von Krampnitz von uns ein klares Ja, aber mit Augenmaß, Lösung vor allem der Verkehrsprobleme bevor die kritische Einwohnerzahl von 5000 erreicht wird, Mitnahme der Bevölkerung und bezahlbar für alle Bevölkerungsgruppen.



GASTBEITRAG

GEWINNEN UND VERLIEREN - RÜCKSCHAU UND AKTUELLES

von Klaus-Peter Schimming



Hat der BUGA-Park (Volkspark) etwas mit der Weltgeschichte zu tun? Es scheint etwas hoch gegriffen zu sein. Doch ohne Michail Gorbatschow hätte sich kein winziges Zeitfenster in der Geschichte aufgetan, das eine Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht hätte. Ohne die friedliche Revolution und Helmut Kohl, der sich gegen viele Widerstände durchsetzte, hätte es die Wiedervereinigung wahrscheinlich nicht gegeben und auch nicht den Abzug der sowjetischen Truppen u.a. aus Potsdam.

Dadurch hat Potsdam 1994 endgültig etwa 10% seines Gesamtterritoriums zurückgewonnen. Zwar in desolatem Zustand, kontaminiert, aber trotzdem war es ein Gewinn mit vielen Chancen für die Zukunft. So standen der Stadt umfangreiche Flächen zur neuen Nutzung zur Verfügung, für Wohnungen, Schulen, Sportplätze ... Seit der Wende, also seit mehr als 30 Jahren, wird der Oberbürgermeister von der SPD gestellt. Somit gab es die Möglichkeit einer kontinuierlichen Stadtplanung mit der erforderlichen Infrastruktur, wobei das Erreichen einer Einwohnerzahl von 200 000 nicht unbedingt erstrebenswert sein muss. Es war ein Gewinn, dass man mit der BUGA ehemals verseuchtes Land zurückgewinnen konnte und einen beachtenswerten Volkspark geschaffen hat. Da ist vielen Bürgern nicht aufgefallen, dass ein Verkleinern des Volksparks von vornherein vorgesehen war. Und es folgten Versprechen, keine weiteren Zugriffe zur Verkleinerung des Parks zuzulassen. Im Remisenpark wurde mit viel Mühe und finanziellem Aufwand eine Streuobstwiese geschaffen, die ihresgleichen sucht.

Im Umfeld des Volksparks steigen die Anwohnerzahlen immer noch und damit die Zahl der Nutzer der vielfältigen Freizeitmöglichkeiten des Parks. Nun soll es dem Remisenpark wiederum an die Substanz gehen, um Vereinsinteressen eines Fußballclubs durchzusetzen.

Wir sprechen hier von einer Fläche, die bereits als Ausgleichsfläche ausgewiesen ist, die mehrfach einen geschützten Status hat. Sie zählt mit zum immateriellen (Welt-) Kulturerbe, die Bundesnaturschutzgesetze weisen u.a. auf die schützenswerten Streuobstwiesen hin. Nun konnten wir in der Presse lesen, dass „Geld fließt“, weil Potsdam als Smart-City, als Klimaschutzkommune, ausgewiesen wird. Folglich bedeutet Smart-City auch Klimaschutz, also Schützen und Bewahren der Natur. Wie wider-sinnig ist es da, Natur zu vernichten, teure Gutachten zur Rechtfertigung dieser Maßnahmen anfertigen zu lassen und diese Flächen überhaupt ins Gespräch zu bringen. Es bedarf keines Werkstattverfahrens, das sich mit Flächen beschäftigt, die faktisch gar nicht zur Verfügung stehen. Ich kann auch nicht das Grundstück meines Nachbarn zu meinem eigenen Nutzen verhöckern.

Unsere Initiative Bienenwinkel hat im Frühjahr den Kontakt zu den Potsdamer Kommunalpolitikern gesucht. So kam es zu den Treffen mit den Linken, der SPD und der CDU. Einzig die CDU mit Herrn Nill und Frau Ludwig hat sich klar für den Erhalt des Remisenparks positioniert. Beide sind stets und unkompliziert für Probleme der Bürger ansprechbar. Eine Partei mit A hat gar nicht reagiert, den Grünen war das eigentlich grüne Thema außer einer kurzen nichtssagenden Antwort nach langer Zeit keine weitere Beachtung wert.

Wir haben ja das „Glück“, dass wir zwei „Potsdamer“ haben, die für die Kanzlerschaft kandidieren. Ob sie wohl über solche „kleinen“ Probleme in Potsdam Bescheid wissen und sich positionieren könnten?



Zur Wahl wird insbesondere angesichts der aktuellen Flutkatastrophe und des Klimawandels keine ernsthafte Partei umhin können, diesen Themen Raum zu geben und mit praktischen Maßnahmen tätig zu werden. Vollmundige Versprechungen zur Klimapolitik, ohne das Aufzeigen der materiellen Basis dafür, geistern genug umher, sogar eine Vier-Tage-Woche, mit der man so etwas finanzieren müsste. Hoffen wir, dass die Natur und damit auch die Nutzer des Volksparks nicht zu Verlierern in dieser Sache werden. Dazu ist es notwendig, dass weiterhin viele Bürger ihre Meinung zum Erhalt des Biotops Remisenpark an die Stadtpolitiker weiterreichen und zeigen, dass man das Thema nicht einfach so allmählich einschläfern kann, bis man freie Hand hat.

Das tatsächliche Machen fängt klein an, vor Ort.

Haben Sie eine Ahnung, wie meine Entscheidung für die Wahl ausfallen kann?

EIN ZENTRUM FÜR DAS BORNSTEDTER FELD - ZUKUNFT DER BIOSPHÄRE

von Christian Martin



Mit zunehmender Wohnbebauung soll sich der Kiezcharakter des Bornstedter Feldes herausbilden. So der Tenor, mit dem einst der Entwicklungsbereich beworben wurde. Inzwischen ist der Abschluss der Wohnbebauung in greifbare Nähe gerückt und die Planungen für die soziale Infrastruktur sind weitgehend abgeschlossen. Wie geht es aber mit der Biosphäre, dem zentralen Punkt unseres Kiezes, weiter?

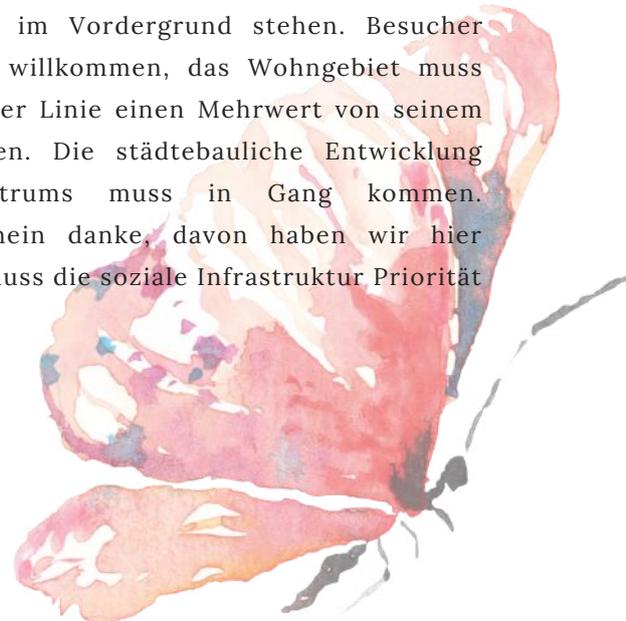
In einem umfangreichen Verfahren wurde schon 2019 das Konzept Biosphäre 2.0 erstellt und beschlossen, welches die Weiterentwicklung der Biosphäre beschreibt. Thematisch soll z.B. mit „die Wüste lebt“, „Mikro-Welten“, „Unter der Erde“ oder auch „Klimawandel“ das Angebot ausgebaut und noch attraktiver werden. Die Tropenhalle soll dabei erhalten bleiben. Eine Erweiterung der Nutzung der Biosphäre mit mehr Restaurants, Läden, Sportstätten und sogar einem Hotel wären möglich. Das Konzept wird gegenwärtig immer noch durch eine externe Firma hinsichtlich der Umsetzung geprüft.

Für die Bewohner

könnte die Biosphäre ihr Kiezzentrum mit Gastronomie, Sportmöglichkeiten und Orten zum Verweilen werden. Das sind Dinge, die seit Jahren vermisst werden. Eine städtebauliche Mitte.

Die Forderung ist eindeutig: Der Kiez soll endlich zu einem Kiez werden, in dem man auch das findet, was man braucht.

Mit dem Wegfall der Fördermittel scheint das alles wieder infrage gestellt und es ist zu befürchten, dass die Überlegungen zur Zukunft der Biosphäre wieder einmal von vorne beginnen. Es wurden schon unzählige Varianten geprüft, berechnet und als unwirtschaftlich verworfen. Wir fordern jetzt eine Entscheidung, bei der die Interessen des Wohngebietes im Vordergrund stehen. Besucher sind herzlich willkommen, das Wohngebiet muss jedoch in erster Linie einen Mehrwert von seinem Zentrum haben. Die städtebauliche Entwicklung unseres Zentrums muss in Gang kommen. Wohnungen nein danke, davon haben wir hier genug! Jetzt muss die soziale Infrastruktur Priorität erhalten.





PULLED PORK BURGER

von Maximilian Adams

Mein Vorschlag ist, dass wir den Spätsommer nutzen und nochmal den Grill aufheizen. Meine heutige Empfehlung ist diesmal nicht regional, sondern amerikanischen Ursprungs. Pulled Pork ist immer beliebt, wenn es richtig zubereitet wird. Und wir bleiben unserem Grundsatz der Regionalität treu, indem wir heimisches Wildschwein verwenden. Am besten eignet sich der Nacken (Jägersprache: Träger). Glauben Sie mir bitte, Wildbret lässt sich genauso einfach zubereiten wie Fleisch aus dem Supermarkt, es ist nur in jeglicher Hinsicht besser! Ich spreche vom natürlichen Aufwachsen, stressfreier Erlegung, von der ernährungsphysiologischen Bedeutung und Ökologie. Tun Sie sich also etwas Gutes und zeigen Sie Mut zum Wild! Übrigens ist die afrikanische Schweinepest für den Menschen gänzlich ungefährlich. Sie haben keine Lust auf Wild? Auch nicht schlimm. Fragen Sie Ihren Fleischer des Vertrauens einfach nach Schweinekamm (-nacken).

Als Beilage empfehle ich einen amerikanischen Krautsalat (Coleslaw). Wer nicht extra den Grill anschmeißen möchte, kann übrigens das Pulled Pork einfach im Backofen zubereiten. Angerichtet werden kann das saftig-weiche und würzige Schweinefleisch auf einem Burgerbrötchen mit etwas Salat und Zwiebeln. Seien Sie kreativ!

Für 6 Personen:

- Schweinenacken	2,5 Kg
- Ananassaft	600 ml
- brauner Zucker	3 EL
- Gewürze	5 EL
- Salz	1 EL
- BBQ-Soße	350 ml
- Tomatenmark	1 EL
- Sojasoße	1,5 EL
- Senf	2 EL

- 1. Das Fleisch marinieren.** Ich empfehle eine Gewürzmischung aus Pfeffer, geräuchertem Paprika, Liebstöckel, etwas Nelke und getrocknetem Knoblauch. Dazu geben wir das Tomatenmark, den braunen Zucker, den Senf, die Sojasoße und etwas von der BBQ-Sauce. Mit dieser Mischung massieren wir das Fleisch liebevoll und gründlich. Es schadet nicht, das marinierte Fleisch über Nacht ziehen zu lassen, drei Stunden tun es aber auch.
- 2. Das Fleisch garen.** Der Grill oder unser Backofen soll eine relativ konstante Temperatur von 110-130 °C haben. Das Fleisch wird über einem feuerfesten Gefäß auf einem Rost gegart. In das Gefäß füllen wir unseren Ananassaft. Der Saft bewirkt, dass Feuchtigkeit im Garraum ist. Dadurch wird unser Fleisch schonender gegart. Mit den aus dem Fleisch austretenden Säften und dem Ananassaft beträufeln wir unseren Nacken regelmäßig. Wir wollen eine Kerntemperatur von 90-95 °C erreichen. Das wird ca. 6-10 Stunden dauern. Wer auf Nummer sicher gehen möchte, benutzt ein Fleischthermometer. Ich gare mein Pulled Pork meist über Nacht.
- 3. Pork "pullen".** Wenn wir die erforderliche Temperatur erreicht haben, sollte das Fleisch so weich sein, dass wir es mit zwei Gabeln auseinander ziehen (pullen) können. Um es noch saftiger und würziger zu machen, geben wir nun die BBQ-Sauce hinzu und mischen diese gut unter.
- 4. Genießen.** Sie werden feststellen, dass sich die Wartezeit lohnt. Das Pulled Pork kann nun als Burger mit Ihren Lieblings-Toppings gegessen werden oder einfach mit einer Scheibe geröstetem Brot. Das fertige Pulled Pork kann problemlos für zwei Wochen eingefroren werden. Es lohnt sich also, eine größere Menge zuzubereiten!



Genug geredet! Am 11.09. gibt es auf dem Johan-Bouman-Platz in Bornstedt Schwein vom Spieß. Angeschnitten wird um 12:30 Uhr!

